

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. Oktober 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 248 Anfrage Scherer Heidi und Mit. über die massiv höheren Baukosten der kantonalen Hochbauten / Finanzdepartement

Heidi Scherer ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Heidi Scherer: Die Anfrage wurde einigermaßen zügig beantwortet, aber die Geschwindigkeit allein macht es nicht aus, dass ich mit der Antwort vollständig zufrieden sein könnte. Die Antworten gehen teilweise zu wenig in die Tiefe, und einige Fragen wurden im Detail zu wenig schlüssig beantwortet. Zum Beispiel: Jede Verteuerung eines zum Teil auch von der Stimmbevölkerung bewilligten Bauprojektes hat Einfluss auf die Verschuldung, Abschreibungen und allenfalls auch den Unterhalt. Diese Konsequenzen belasten längerfristig die Erfolgsrechnung des Kantons. Das kann ein zusätzliches Risiko darstellen. In den Antworten habe ich zu wenig davon gespürt. Oder die Argumentation, dass aufgrund des Klimaberichtes sowie überwiesener Vorstösse die Nachhaltigkeitsthemen kostentreibend sind. Wenn aber in der Frage 11 zum Campus Horw kommuniziert wird, dass nach dem Jahr 2021 noch eine Photovoltaik-Anlage (PV-Anlage) integriert wird, frage ich mich schon, weshalb das nicht schon von Beginn weg so geplant werden konnte. PV-Anlagen sind bei Neubauten üblich, und das schon seit Jahren. Zu den Fragen betreffend KVSE (kantonale Verwaltung am Seetalplatz): Dass die Bauparzelle besser ausgenutzt wird, ist ja in Ordnung, aber das hätte auch schon von Beginn weg so geplant werden können. Was mich einigermaßen beunruhigt, ist der insgesamt zusätzliche Raumbedarf für die Verwaltung, notabene für fast 600 Personen mehr als ursprünglich vorgesehen. Ich möchte den Regierungsrat sehr motivieren, an den ursprünglich geplanten Möglichkeiten des flexiblen Arbeitens und von Homeoffice und regionalen Co-Working-Spaces klar festzuhalten. Es ist insgesamt bedauerlich, dass durch den gestiegenen Eigenbedarf das Potenzial zur Fremdvermietung gewaltig gesunken ist. Die Antwort zu Frage 13 über die Immobilienstrategie genügt mir nicht. In der Immobilienstrategie werden auch Leitlinien für Immobilienprojekte festgelegt. Wir erwarten, dass die geforderten Punkte als Rahmen definiert werden. Die Grundsätze zur Baubegleitung, zum Kostenmanagement usw. sind wohl kaum als operative Aufgabe zu sehen. Ich bitte den Regierungsrat sowie die Kommission Verkehr und Bau (VBK), diese Punkte bei der Überarbeitung der Immobilienstrategie zu berücksichtigen. Die gestern überwiesene Bemerkung zum Aufgaben- und Finanzplan (AFP) betreffend Immobilienstrategie hilft sicher dabei. Die FDP-Fraktion bleibt dabei: Die Baukostenkontrolle ist unter anderem das A und O. Was bewilligt wurde, darf nicht ständig überschritten werden, nur weil neuere beziehungsweise modernere Erkenntnisse oder

Zusatzwünsche auftauchen. Ansonsten wird es endlos. Deshalb soll in einem guten Standard gebaut werden, aber bitte nicht einem übertriebenen. Öffentliche Bauten sind Zweckbauten, ohne viel Nice-to-have. Das gilt vor allem auch für zukünftige Projekte wie beispielsweise den Campus Horw. Wir bedanken uns, wenn sich der Kanton zukünftig noch vermehrt an diese Grundsätze hält.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Was die PV-Anlagen angeht: Heute machen wir bereits wesentlich mehr, als es damals beim Wettbewerbsprojekt vorgesehen war. Ich verweise hier auch auf die diesbezüglichen Erwartungen Ihres Rates. Im Zusammenhang mit dem Wettbewerbsprojekt war es nicht vorgesehen, auch an der Fassade eine PV-Anlage zu installieren. Bezüglich flexiblem Arbeiten mit Hubs usw. kann ich Sie beruhigen, daran ändert sich gar nichts. Zur letzten Bemerkung von Heidi Scherer verweise ich Sie an Martin Birrer. Sein Beispiel bezüglich des Traktors war nicht schlecht. Es ist leider so. Es ist weder hier noch beim Campus Horw das Problem, dass die Kostenkontrolle nicht stimmt, sondern dass die Wünsche zunehmen, teilweise auch nach dem Wettbewerb. Das führt dazu, dass die Kosten steigen. Privat tut das keiner, bei der öffentlichen Hand ist es so. Die Wünsche werden über eine sehr lange Zeitdauer eingegeben. Das ist die Realität. Jetzt müssen wir – und da gebe ich Martin Birrer recht – entweder konsequent sein und hart bleiben und Zusatzwünsche konsequent von uns weisen oder solche unliebsamen Diskussionen führen. Ich kann Ihnen versichern, dass ich diese auch nicht suche. Es ist für mich alles andere als angenehm, hier diese Kosten vertreten zu müssen.